

INTERVIEW

„Die Globalisierung wird neu verhandelt“

Der aktiven Politik hat Roland Koch nach seinem Wechsel in die Privatwirtschaft abgeschworen. Doch der ehemalige Ministerpräsident Hessens hat klare Vorstellungen, wie die Union auf die aktuellen Herausforderungen reagieren muss – und wünscht sich eine schwarz-grün-gelbe Koalition



VON MARIO
MÜLLER-DOFEL

Tichys Einblick: *Herr Koch, der neue US-Präsident Donald Trump scheint die Globalisierung zurückdrehen zu wollen. Ähnliche Bekundungen gibt es in Deutschland von ganz anderer Seite: Hier demonstrieren Linke, Gewerkschaften, Kirchen, Greenpeace und andere dagegen. Was sagt uns das?*

Roland Koch: Momentan gibt es in vielen demokratischen Ländern eine wachsende Skepsis gegenüber der Globalisierung. Erstmals äußert sie sich auch deutlich im Wahl- und Abstimmungsverhalten, sodass das Thema sogar zu Regierungswechseln führt. Ich glaube, dieser Trend wird uns noch Jahre beschäftigen.

Ist das eher positiv oder eher negativ?
Die Öffnung der Welt verlangsamt sich, was ich als klaren Rückschlag bewerte. Die Politik muss es wieder schaffen, den Menschen den Mehrwert der Globalisierung zu erklären und ihn erlebbar zu machen.

Donald Trump hat genau das angekündigt, was seine größten Kritiker, etwa linke Organisationen in Europa, fordern: das Ende des avisierten Freihandelsabkommens TTIP. Was hieße es für Deutschland, wenn TTIP im Mülleimer landen würde?

Als Exportnation gehört Deutschland zu den größten Globalisierungsgewinnern. Zum Glück sind die Kräfte, die globale Kooperationen reduzieren wollen, in Deutschland viel schwächer als anderswo. Unsere Bevölkerung ist nicht so stark polarisiert wie beispielsweise in den USA, wo die radikalen Gegner des Establishments – Donald Trump und Bernie Sanders –, die ganz gegensätzliche Pole des politischen Spektrums abbilden, im Präsidentschaftswahlkampf

viele Millionen Menschen „dagegen“ hinter sich gebracht haben.

Warum geht es hierzulande bislang moderater zu?

Weil beispielsweise das Gefühl der Menschen, „Globalisierungsverlierer“ zu sein, im Schnitt viel geringer ist als etwa in den USA. Und weil unser soziales Sicherungssystem wesentlich besser ist. Beides haben wir unserem großen wirtschaftlichen Erfolg zu verdanken.

Dann können wir in Deutschland beruhigt sein?

Falsch. Die Angst kann trotz dieser Pluspunkte auch stärker zu uns herüberschwappen. Deshalb muss sich die deutsche Politik der Debatte stellen. Ich denke übrigens, dass Deutschland die Chance hat, das Thema rationaler zu diskutieren als Länder, die sich klar als Globalisierungsverlierer verstehen.

Welche Optionen hätte Deutschland, wenn sich die USA mit Donald Trump als Präsident stärker als bislang abschotten würden?

Da Deutschland mit aller Welt Handel betreibt, gibt es jede Menge Optionen. Welche?

Da brauchen wir nur nach China zu schauen. Aber noch mal: Statt sich von Trump verunsichern zu lassen, sollten wir alles daransetzen, dass die Zustimmung für eine europäische und globalisierte Wirtschaft in Europa wieder steigt. Wenn wir dies in Deutschland nicht schaffen, können wir es dann von Ländern wie Spanien und Frankreich erwarten? Richtig gefährlich würde es erst, wenn Grenzen wieder hochgezogen und militärisch geschützt würden. Dann wäre nicht nur der Freihandel in Gefahr, sondern auch der Frieden.

Mitunter scheint es zumindest schon Handelskriege zu geben. So könnte man hinter der Reaktion der USA auf den Dieselskandal bei Volkswagen den Versuch vermuten, den Exporterfolg

des Konzerns zu schwächen. Oder ist das eine Verschwörungstheorie?

Ich möchte VW hier nicht in den Mittelpunkt stellen. Doch selbst wenn die Theorie stimmen würde: Das Unternehmen hat den USA mit dem Dieselskandal eine Vorlage gegeben. Da braucht sich niemand zu wundern, wenn diese auch genutzt wird. Die USA könnten übrigens auch sagen: Wir reagieren nur. Ihr Europäer habt den Wirtschaftskrieg angefangen, indem ihr Apple in Irland an den Steuerpranger gestellt habt.

Was nicht gerade nach gegenseitigem Wohlwollen klingt.

In den vergangenen Jahrzehnten sind zwar viele wirtschaftliche Grenzen gefallen, das heißt aber nicht, dass die Globalisierung grenzenloses Vertrauen gebracht hat. Natürlich gibt es weiterhin Ressentiments und Versuche, sich im nationalen Interesse Vorteile zu verschaffen. Um Unstimmigkeiten darüber zu klären, gibt es internationale Gerichtsbarkeiten.

Wie kann man in Europa für Globalisierung werben, wenn Menschen zunehmend das Gefühl bekommen, dass diese sich in Arbeitsplatzverlusten und Migration äußert?

Diese beiden Beispiele sind doch nur Symbole. Sehr viele der Menschen, die sich in Deutschland benachteiligt fühlen, sind von Migration gar nicht betroffen. Und: Wir haben hier seit Jahren eine sehr geringe Arbeitslosenquote. Viele Menschen haben keinen Arbeitsplatz verloren, sondern fürchten sich lediglich davor.

Dennoch sehen sie die Welt so wie geschildert.

Eine Erklärung dafür könnte sein, dass die Leute sich insbesondere aus dem Internet permanent mit verunsichernden Informationen, auch Halb- und Unwahrheiten übersüßen lassen. Daraus folgt, dass sie Sicherheit ►►



ALLE FOTOS: AXEL GRIESCH/FINANZEN VERLAG

Roland Koch: Nach dem Ausstieg aus der Politik war der studierte Jurist Vorstandschef beim Baukonzern Bilfinger, heute ist er Aufsichtsratschef der Bank UBS Deutschland

► suchen. Und dabei neigen sie dazu, ihre unmittelbare Umgebung, in der sie sich sicher fühlen, vor fremden Einflüssen abzuschotten. Auch deshalb ist es wichtig, dass Globalisierung fair statt auf der Grundlage von Dumpingstrukturen gestaltet wird.

Immer mehr Menschen, die etwa wegen der Migration für den Austritt Großbritanniens aus der EU gestimmt haben oder wegen der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank um ihre Altersvorsorge bangen, fordern einen echten Neustart. Da kann die Politik noch so viel von Fairness bei der Globalisierung reden.

Sicher, ob die Globalisierung in den nächsten Jahren zurück- oder weitergedreht wird, steht noch nicht fest. Trump hat die Präsidentschaftswahl in den USA vor allem deshalb gewonnen, weil er den Leuten versprochen hat, dass die Politik unter ihm nicht weitermacht wie bisher. Er hat gesagt: Alles auf null. Und das hat vielen Menschen gefallen, ja imponiert. **Allerdings birgt „alles auf null“ doch die größte Unsicherheit.**

Richtig. Deshalb ist die Welt nun extrem verunsichert. Wenn die Leitmacht USA sich einer solchen Radikaldebatte unterzieht, kann das extreme Folgen für alle anderen Länder haben. **Geht die Demokratie womöglich den Bach runter?**

Ich glaube, sie könnte in erhebliche Konflikte kommen, wird daran aber nicht zerbrechen. Die Globalisierung wird jetzt neu verhandelt, was immerhin auch große Chancen birgt. Deutschland ist mit seiner Wirtschaftsförderung, seinem hohen Industrialisierungsgrad, den umfangreichen Arbeitnehmermitbestimmungsrechten, aber auch mit seiner guten Sozialgesetzgebung sehr gut aufgestellt.

Und was könnte besser sein?

Wenn wir künftig noch eine kluge Klima- und Energie- sowie eine bessere Steuerpolitik machen, muss uns im globalen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte vor den USA, China und Co nicht bange sein. Abschottung haben wir nicht nötig.

Globalisierung geht auch andersherum: So könnten manche deutsche Unternehmen ihren Hauptsitz bald ins Ausland verlagern. Die Deutsche Börse strebt trotz Brexit nach London. Bayer ist nach der Übernahme des US-Saattgutkonzerns Monsanto vielleicht bald eher ein US-Unternehmen...

Die Unternehmen richten sich nun mal an ihren attraktivsten Märkten aus. Auch deshalb muss die EU dringend die Integration der europäischen Märkte vorantreiben. Europa kann von der Globalisierung auf Dauer nur profitieren, wenn es mit einer Stimme sprechen, unabhängig von Regionalparlamenten Freihandelsverträge aushandeln, eine



Roland Koch im Gespräch mit Mario Müller-Dofel (l.)

einheitliche Industriepolitik machen und Bürokratie abbauen kann. Wenn eine Innovation in Europa 20 Genehmigungen braucht und in den USA nur eine, ist der US-Markt natürlich attraktiver für Unternehmen.

Das Zugpferd Europas ist Deutschland – und wird gerade deshalb im Rahmen der Euro- und Griechenland-Rettungsversuche stark belastet. Wären wir allein stärker als im Verbund mit europäischen Ländern, die wirtschaftlich deutlich schwächer sind als wir?

Mittelfristig gesehen halte ich diese Vermutung für falsch. Allerdings muss es Politikern wie Wolfgang Schäuble und Angela Merkel gelingen, die europäischen Verträge so zu gestalten, dass die deutsche Bevölkerung die europäische Nivellierung hinnimmt. Es muss europäische Solidarität geben – und auch eine europäische Haftung.

Aber die wollen wir nicht übernehmen für Länder, die ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht haben. Da müssen Merkel und Schäuble weiter Druck machen.

Reicht es nicht, einen großen gemeinsamen Markt zu schaffen? Warum muss Brüssel auch noch jede noch so kleine Entscheidung treffen – und sei es, wie krumm eine Gurke sein darf? Viele Entscheidungen wären auf regionaler Ebene besser aufgehoben.

Ein gemeinsamer Markt funktioniert nur in einer politischen Union. Diese umzusetzen dauert einfach. Die definierte Gurkenkrümmung – hier gebe ich Ihnen recht – war irre. Inzwischen

ist die Regelung dazu allerdings längst genauso abgeschafft wie viele andere Brüsseler Mikromanagement-Entscheidungen.

Wie wird man mehr an solch überbordender Bürokratie los?

Die EU-Kommission unter ihrem Chef Jean-Claude Juncker zeigt es: Sie hat mehr als 50 Prozent aller Richtlinienprojekte, die sie vorgefunden hat, radikal und ersatzlos eingestellt. Diese Entwicklung muss weitergehen und stärker sichtbar werden.

Wie passt Globalisierung mit der stärkeren Sicherung der europäischen Außengrenzen zusammen, die die EU-Kommission jetzt anstrebt?

Die Grenzsicherung ist wichtig für den europäischen Zusammenhalt und deshalb völlig richtig, zumal sie den Handel nicht behindert. Übrigens: Dass die Schweizer Großbank UBS sich nicht in der Lage sieht, aus der Schweiz heraus ihr europäisches Geschäft, für das ich als Aufsichtsratschef mitverantwortlich bin, zu betreiben, zeigt, wie eine europäische Union wirken kann.

Wie denn?

Die UBS hat Frankfurt statt London als Standort für ihre Europa-Zentrale gewählt. Letztlich bringen wir nun Arbeitsplätze nach Frankfurt.

Wird der Brexit dazu führen, dass spürbar viele Banker aus London nach Frankfurt umziehen?

Da bin ich optimistisch für Frankfurt. Denn ein Teil der Geschäfte, die viele Banken heute noch aus London heraus machen, wird künftig innerhalb der EU stattfinden. Davon sollte die Mainmetropole profitieren.

Bevor Sie in die Wirtschaft gegangen sind, waren Sie von 1999 bis 2010 hessischer Ministerpräsident. Kann die deutsche Politik dauerhaft auf Sie verzichten?

Selbstverständlich.

Wollen Sie dauerhaft auf die Politik verzichten?

Ja, klar.

Sie wollen keine Rückkehr?

Darüber habe ich vor meinem Ausstieg in aller Ruhe nachdenken können und mich bewusst dagegen entschieden. Nun hoffe ich, dass mir die Menschen bewusste Entscheidungen zutrauen. Die Welt, in der ich jetzt lebe, ist weniger hessisch, mehr international und mindestens genauso spannend.

Im September ist Bundestagswahl. Welche Koalitionsfarben halten Sie nach der Wahl für die wahrscheinlichsten?

Wichtiger ist, dass die Koalitionsarithmetik nicht so ausfällt, dass die Stabilität des Staates leidet – wie in Spanien. Eine schwarz-rote Große Koalition sehe ich nur noch als Notlösung.

Warum?
Diese Koalition hat schon alles beschlossen oder gemacht, was den beiden Partnern gemeinsam möglich ist. CDU/CSU und SPD sind ja diametral entgegengesetzte Parteien.

Wirklich?

Es wird ja viel über die Sozialdemokratisierung der einen Partei und die Austauschbarkeit der anderen geredet. Es gibt aber viele Unterschiede. Der größte ist, dass die CDU sagt: Das Individuum kommt vor dem Kollektiv. Und die SPD sagt, das Kollektiv muss die Leitentscheidung übernehmen, weil das Individuum zu schwach ist. Es gibt auch programmatische Überschneidungen, die Deutschland guttun. Aber irgendwann muss man wieder eine klare Richtung definieren. Ansonsten suchen die Wähler sich radikale Alternativen.

Wäre die Politik wieder etwas für Sie, wenn Merkel mal eine Wahl verliert?
Angela Merkel und ich haben gemeinsam, dass wir beide älter werden.

Zurück zur Bundestagswahl: Angenommen, es käme Schwarz-Grün heraus – vielleicht zur Rechtfertigung noch mit ein bisschen Gelb dabei. Gäbe die CDU dann endgültig ihre Seele her?

Ich sympathisiere mit einer Kombination aus CDU/CSU, den Grünen und der FDP. Diese Parteien eint mehr, als sie trennt. Der Demokratie würde die Dreierkonstellation gut tun.

Schwarz-grün, schwarz-grün-gelb, schwarz-rot: Wollen CDU-Wähler so eine Farblotterie?

Ich sehe in diesen Konstellationen kein Problem für CDU-Wähler, weil die CDU immer ein Stimmenübergewicht hat-

Ich sympathisiere mit einer Kombination aus CDU/CSU, den Grünen und der FDP. Diese Parteien eint mehr, als sie trennt

te – gegenüber den Grünen sogar noch mehr als gegenüber der SPD.

Wenn die CDU trotzdem konservative Werte aufgibt, um etwa mit den Grünen zu koalieren – was sollte der konservative Wähler dann tun?

Der CDU weniger Zwang zu Kompromissen auferlegen, indem er die Partei stärkt. Natürlich ist der Konservative, der wirtschaftliches Wachstum, Globalisierung und Marktöffnung will, immer in einem Spannungsfeld. Leute wie Herr Gauland von der AfD „lösen“ dieses Problem relativ einfach. Sie sagen: Ich bin konservativ. Und je mehr ich verhindert habe, desto erfolgreicher bin ich. Diese Leute reden nicht darüber, was sie wie gestalten wollen. Und das ist nicht konservativ, sondern reaktionär.

Was verstehen Sie unter konservativ?

Die Gesellschaft zu modernisieren, ohne bewährte Werte aufzugeben. Sicher hat die CDU manchmal Probleme, den richtigen Maßstab zu finden: beim Mindestlohn und der Absenkung des Rentenalters zum Beispiel. Aber solche

ökonomisch zweifelhaften Entscheidungen sind ja nicht auf dem Mist der CDU gewachsen.

Ist das eine Entschuldigung?

Was soll die CDU machen, wenn zum Beispiel die meisten Journalisten meinen, schwarz-rote Koalitionen seien das Intelligenteste, was es gibt, und die Bevölkerung sei zufrieden damit? Außerdem standen die Grünen doch nach der Bundestagswahl 2013 gar nicht zur Verfügung, weil sie noch nicht handlungsfähig waren. Wer weiß, ob sie es heute sind! **Was meinen Sie mit „handlungsfähig“?** Dass die Grünen so viele Zugeständnisse an die CDU machen können, dass sie mit der CDU koalitionsfähig sind. Das wäre für die Grünen einfacher, wenn Teile der Partei nicht permanent mit der SPD und der Linkspartei Schnittmengen ausloten würden.

In der Großen Koalition hat die CDU nicht bewiesen, dass sie sich mit einem großen Wählerstimmenübergewicht der SPD durchsetzen kann.

Das geht dort auch nicht. Die CDU/CSU bezahlt ja ihre große Mehrheit im Bundestag gegenüber der SPD mit einem Fifty-Fifty-Deal. Das muss einem nicht gefallen, ist ver-

rückt, aber die SPD würde sich aufgeben, wenn sie nicht trotzdem auf einer Koalition auf Augenhöhe mit der Union bestehen würde.

Dann müssen wir doch erwarten, dass die CDU sich bei einem grünen Koalitionspartner ebenfalls mit einem Fifty-Fifty-Deal begnügen würde. Nein. Die Grünen würden ja nie sagen, dass sie auf Augenhöhe mit der CDU wären – Baden-Württemberg mal ausgenommen. Selbst in Hessen haben die Grünen nie Fifty-Fifty verlangt. Und trotzdem funktioniert die hessische Landesregierung sehr verantwortungsvoll. Also die These, die CDU würde in einer Koalition mit den Grünen ihre Seele verkaufen, ist falsch. ■



VIDEO
Mehr unter www.tichyseinblick.de/video/interview/roland-koch/